

**Impulsvortrag von Dr. Nina Smidt,
Bereichsleiterin Internationale Planung und Entwicklung,
ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius;
Präsidentin American Friends of Bucerius**

**Jahresmitgliederversammlung der GLS Treuhand e.V.,
Bochum, 29. Juni 2018**

Dr. Nina Smidt ist Bereichsleiterin für Internationale Planung und Entwicklung bei der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius in Hamburg und Präsidentin der US-amerikanischen Tochterstiftung American Friends of Bucerius. Zuvor engagierte sie sich als Geschäftsführerin beim Aufbau der gewinnorientierten Bucerius Education GmbH der Bucerius Law School.

Es gilt das gesprochene Wort.

„Wie unsere Zivilgesellschaft die Demokratien in Europa stärken kann – und was das mit Brüssel zu tun hat“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Vorstellung und für die Einladung zu Ihrer Jahresmitgliederversammlung. Es ist mir eine große Freude, heute mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

In meinem Impulsvortrag möchte ich die nächsten 30 Minuten gemeinsam mit Ihnen darüber nachdenken, „**Wie die Zivilgesellschaft die Demokratien in Deutschland, Europa und der Welt stärkt**“. Dabei gehe ich auf aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen ein und beleuchte die Bedeutung der Stiftungen für das friedliche Zusammenleben in einer liberalen und weltoffenen Gesellschaft.

Ich möchte drei Thesen zu den Aufgaben der Zivilgesellschaft skizzieren:

1. Sie muss die Demokratie verteidigen.
2. Sie muss den kulturellen Wandel gestalten.
3. Sie braucht eine Europäische Charta der digitalen Grundrechte.

Meine Damen und Herren,

„Die Demokratie erlebt ihre schwerste Krise seit Jahrzehnten“ warnte die Nichtregierungsorganisation Freedom House in ihrem Jahresbericht 2018. Dieser Befund passt zu einer Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, nach der 3,3 Milliarden Menschen in autokratischen Regimen leben. Und der Democracy Index 2017 des britischen Economist bestätigt: Der Anteil der Weltbevölkerung, der in einer vollständigen Demokratie lebt, ist auf 350 Millionen Bürgerinnen und Bürger geschrumpft. Sie ahnen schon, wo diese Menschen leben: Nordamerika, Westeuropa und Australien.

Seit einiger Zeit geht das Schlagwort von den „shrinking spaces“ um. Gemeint sind schwindende Räume in Demokratien, Einschränkungen der politischen, zivilgesellschaftlichen oder institutionellen Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten in demokratischen Gesellschaften. Der Blick richtet sich dabei auf osteuropäische Länder wie Polen, Ungarn, die Türkei und einige mehr. Die Sorge geht um, dass autokratische Regime möglicherweise auch in anderen Ländern mit langer demokratischer Tradition hoffähig werden.

Einige Wissenschaftler beschreiben und analysieren diese Phänomene. Sie richten ihren Blick mit Sorge auf die westlichen liberalen Ordnungen wie Naomi Klein, die sich in ihrem 2009 hierzulande veröffentlichten Buch „Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ mit der Krise von Neoliberalismus, ökonomischer Ungleichheit und Klimawandel auseinandersetzt.

Auch Yascha Mounk sieht eine Bedrohung der westlichen liberalen Ordnung und stellt in seinem Buch „Der Zerfall der Demokratie“ fest (ich zitiere): „Bis vor kurzem herrschte die liberale Demokratie [im Westen] unangefochten. Trotz all ihrer Mängel

standen die meisten Bürger mit Überzeugung zu ihrer Regierungsform. Die Wirtschaft wuchs. Radikale Parteien waren unbedeutend“.

Yascha Mounk stellt vor dem Hintergrund des Brexits, der Wahl des US-Präsidenten Trump und der Erfolge populistischer Parteien in Europa und der Welt die Frage: „Ist das Überleben der Demokratie in Gefahr?“

Ich werde im letzten Teil meines Impulsvortrags diese Frage noch einmal aufgreifen und möchte mich aber zunächst mit der Frage nach der Rolle von Stiftungen und der Zivilgesellschaft auseinandersetzen, diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

Ja, meine Damen und Herren,

Demokratie ist nicht selbstverständlich und sie ist gefährdet. Zu ihrer Verteidigung sind gerade privat errichtete, gemeinnützige Stiftungen zentrale Institutionen. Denn sie bündeln zivilgesellschaftliches Engagement, stellen Ressourcen bereit und nehmen an der öffentlichen Willensbildung teil. Aber ihre Bedeutung geht noch viel tiefer.

Stiftungen verkörpern die für die Demokratie so wichtige Grundbedingung der Freiheit in zweierlei Weise: Einmal sind sie ein rechtlich manifestiertes Sinnbild für die Freiheit, die die Gesellschaft dem Einzelnen zubilligt: Vermögen zu erwerben, über das Vermögen und das Vererben nach eigenem Ermessen zu verfügen und gemeinnützige Zwecke selbst zu bestimmen.

Stiftungen zeugen andererseits vom Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen, sich persönlich und mit eigenen Vorstellungen an der Gestaltung unseres Landes zu beteiligen. Stifter bringen sich ein, mischen mit. Sie festigen damit die freiheitliche Verfassung eines Landes.

Vor allem in den letzten 20 Jahren sind es nicht nur wohlhabende Persönlichkeiten mit großen Namen, sondern immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die sich mit kleineren finanziellen Beträgen, aber hoher Belastbarkeit und Zeiteinsatz in Bürgerstiftungen, Vereinen und Bürgerinitiativen für ihre Stadt, für ihre Region

engagieren. Unter den heute 22.500 Stiftungen in Deutschland finden sich mehr als 400 derartige Bürgerstiftungen.

Und Deutschland braucht seine Stiftungen. Denn wir wissen, dass unser Land nur dann eine starke, sichere Demokratie bleiben kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich verantwortungsbewusst für diese Gesellschaft einsetzen. Wenn Stiftungen daran mitwirken, Innovationen voranzubringen, das Verantwortungsbewusstsein der Bürger zu wecken, gesellschaftliche Missstände zu beseitigen, soziale Härten zu mildern, Chancengerechtigkeit und Integration zu ermöglichen, so leisten sie Erhebliches für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren,

unser Stifter Gerd Bucerius und seine Frau Ebelin waren unbedingt freiheitsbewusste Bürger, die die Lehren aus der Nazi-Zeit nie vergessen haben. Gerd Bucerius war ab 1949 Abgeordneter des 1. Deutschen Bundestags und geriet Anfang der sechziger Jahre in eine Kontroverse mit Bundeskanzler Konrad Adenauer. Dieser hatte sich bei ihm über einen Artikel im *Stern* beschwert, dessen Verleger Bucerius damals war. In dem Beitrag mit dem Titel „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer“ ging es um die Einheit der katholischen mit den anderen christlichen Kirchen. Der CDU-Vorstand empörte sich über den Artikel und fühlte sich in seinem christlichen Empfinden verletzt. Kernthese des Autors war wohl, dass der protestantische Unionsflügel von den Katholiken an die Wand gedrückt werde. Adenauer stellt den *Stern*-Verleger zur Rede. Bucerius verteidigte zwar nicht die These des Autors, wohl aber die Freiheit der Presse, die Meinungsfreiheit. Aus dieser Zeit stammt auch ein Zitat von ihm:

„Ich bin stolz, Verleger eines Blattes zu sein, dessen Journalisten nicht nach der Pfeife ihres Verlegers tanzen müssen. Es gibt neben der äußeren Pressefreiheit auch eine innere.“

Er zog seine Konsequenzen, trat 1962 aus der CDU aus und gab sein Mandat zurück. Bucerius blieb seiner freiheitlichen Grundüberzeugung treu. 1971 gründete er die ZEIT-Stiftung als gemeinnützige Stiftung und brachte den Großteil seines

Vermögens ein. Er verfügte, dass sein Vermächtnis nach seinem Tod der Wissenschaft, Kunst und Kultur und Bildung und Erziehung zugutekommt.

Das Leitmotiv der Stiftung steht bereits im ersten Satz:

„Die Zivilgesellschaft ist gefordert, sie muss Lösungen finden für die vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart und in der Zukunft.“

Das, meine Damen und Herren, bringt mich zu meiner zweiten These:

Die Zivilgesellschaft muss den kulturellen Wandel gestalten.

Gesellschaftlicher Wandel ist ein Kontinuum; in der Regel vollzieht er sich langsam. Dann aber gibt es mitunter Zäsuren, die wir heute auch gern als Disruptionen bezeichnen. Gründe dafür gibt es viele wie

- das ökonomische Wachstum in postmodernen Ländern
- Digitalisierung, auf die ich im dritten Teil eingehe
- Individualisierung, Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung
- die Globalisierung und
- wie eingangs schon skizziert, die Bedrohung der demokratischen Werte.

Ganz unmittelbar spüren wir aber aktuell einen kulturellen Wandel durch Zuwanderung und die Herausforderungen der Integration, die Teile der Bevölkerung als Zäsur erleben und auf die sie zum Teil mit Ablehnung reagieren.

Plötzlich waren im Herbst 2015 zigtausend Flüchtlinge in unseren Städten, und es war beeindruckend, wie die Zivilgesellschaft reagierte: Sechs bis acht Millionen Bürgerinnen und Bürger packten ehrenamtlich mit an, standen an Bahnhöfen mit Anoraks, Butterbrot, Decken, bauten in Turnhallen Feldbetten auf. Sie kochten, wuschen, gaben erste Sprachkurse. Gerade die Bürgerstiftungen, die ja in Deutschland eine jüngere Stiftungsform sind, zeigten Flagge. Sie nutzten den Zugang zu ehrenamtlichen Helfern und bewiesen, was eine Bottom-up-Bewegung bei solchen Herausforderungen leisten kann. Dieser Einsatz zeigte wieder einmal,

dass europäische gemeinnützige Stiftungen von ihrer Genese her ganz deutlich vom christlichen Gedanken der Caritas geprägt sind. Der Nächste steht im Blickfeld der stifterischen Tätigkeit, unabhängig von Herkunft, Stand oder Religion.

Nachdem aber die erste Not gelindert war, gilt es nun, diesen gesellschaftlichen Wandel, der durch anderthalb Millionen Neubürger hervorgerufen wurde, zu gestalten. Hier sind die Zivilgesellschaft und allen voran die Vereine und Stiftungen gefragt, um in vielen kleinen und großen Förderprogrammen zu ermöglichen, dass wir das auch wirklich schaffen.

Wie also, meine Damen und Herren, können wir die Zuwanderer integrieren? Welche Maßnahmen im gesellschaftlichen Leben, in Bildungsinstitutionen und auf dem Arbeitsmarkt sind hierfür notwendig? Wie kann unsere Gesellschaft diese Veränderungsprozesse für möglichst alle Menschen verträglich gestalten, für die Neubürger, wie für die Ankunftsgesellschaft? Und welchen Beitrag können Stiftungen für diese große Aufgabe leisten?

In Hamburg leben seit dem Herbst 2015 rund einundfünfzigtausend neue Bürgerinnen und Bürger und warten auf ihre Asylbescheide. Zwanzig Hamburger Stiftungen schlossen sich gleich 2015 zusammen, um mit dem Fonds „Flüchtlinge und Ehrenamt“ eine Vielzahl von Begleitprogrammen zu ermöglichen. An der von uns, der ZEIT-Stiftung, getragenen Bucerius Law School entstand „we inform“, ein digitales Informationsportal für Neubürger, welches Studierende aus eigener Initiative entwickelten.

In der ZEIT-Stiftung erweiterten wir das Projekt WEICHENSTELLUNG auf Flüchtlingskinder. Gegenwärtig fördern wir 565 Kinder und Jugendliche. Sie werden beim Übergang aus der vierten Grundschulklasse auf weiterführende Schulen durch studentische Mentoren gefördert. Ein Jahr lang lernen sie intensiv die deutsche Sprache. Studentische Mentoren, viele Lehramtsstudierende aber auch Studierende anderer Fachrichtungen, übernehmen die Patenschaft für diese Kinder, begleiten sie im schulischen Geschehen und auch bei Erkundungen der Stadt.

Die ebenfalls von der ZEIT-Stiftung geförderte Stiftung Kulturpalast mit ihrer HipHop Academy sitzt in Hamburg Billstedt, einem Stadtteil mit vielen oft einkommensarmen Einwanderern. Das Projekt vermittelt Hunderten von Kindern und Jugendlichen über Hip Hop, wie weit man mit Einsatz, Disziplin, hartem Training, Solidarität, Durchhaltevermögen und Gemeinschaftsgeist kommen kann. Die HipHop Academy bringt Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen: frisch Zugezogene, wie Migranten sowie junge Menschen, deren Familien seit Generationen in Hamburg leben.

Meine Damen und Herren,

es gibt in Deutschland zahllose Stiftungen, die ähnliche Programme für die Integration fördern oder betreiben. Ich denke beispielsweise an die Roland Berger Stiftung in München und die Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt am Main. Solche Stiftungen tragen mit ihren ermutigenden Programmen dazu bei, den durch die Zuwanderungen bedingten gesellschaftlichen Wandel zu gestalten, Probleme anzugehen und Lösungsansätze auszuprobieren. Dabei können nicht alle Programme und Initiativen erfolgreich sein, Stiftungen müssen es sich leisten können, Dinge auszuprobieren und wieder zu verwerfen. Nur mit solchem Mut auch gegenüber Fehlschlägen können wir als Stiftung am Puls des gesellschaftlichen Lebens sein.

Mut zu Fehlschlägen ist auch gefragt, wenn ich nun zu meiner dritten These komme:

Die Zivilgesellschaft braucht eine Europäische Charta der digitalen Grundrechte

Manche von Ihnen sehen die Digitalisierung vermutlich als Chance, andere als Bedrohung. Worauf wir uns aber sofort einigen können, ist, dass es kaum einen Bereich gibt, der nicht durch die Digitalisierung grundlegend verändert wird: Unser Kommunikationsverhalten, unser Zugang zu Kunst und Kultur, die Art und Weise, wie und wo wir einkaufen, und wie wir jetzt und in Zukunft arbeiten!

Bald schon werden Maschinen untereinander und Menschen mit diesen kommunizieren und wir sitzen dereinst in führerlosen Autos oder Flugtaxi. Welche Auswirkungen hat das auf unsere Städte? Welche Auswirkungen hat es auf unsere Psyche, wenn der Computer, der Roboter unser gleichberechtigter Partner, gar Mediziner oder Altenbetreuer, wird. Wie müssen wir unsere Rechte gegenüber den digitalen „Mechanismen“ und Großkonzernen formulieren, welche Haftungsfragen treten auf? Ich denke, diese Fragen, die unser Gemeinwohl betreffen, können wir nicht allein der Politik überlassen. Es sind Herausforderungen gerade auch an die Einrichtungen der Zivilgesellschaft, und da stehen Stiftungen mit ihrer Qualität der „Ewigkeit“ und Nachhaltigkeit an exponierter Stelle.

Große Hoffnungen auf die digitalen Neuerungen werden vor allem im Bildungsbereich gesetzt – und das mit dem Ziel, endlich die Kluft zwischen Kindern aus bildungsfernen Familien zu überwinden und mehr Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

Hierbei geht es nicht darum, auf analoge Bildungsmodelle grundsätzlich zu verzichten, sondern vielmehr sinnvoll zu verzahnen. Digitale und analoge Bildungskonzepte müssen in einen sinnvollen und sinnstiftenden Dialog miteinander treten. Dafür brauchen wir innovative Ideen, intelligente Systeme und ganz besonders: liebevolle, ambitionierte Lehrerinnen und Lehrer, die durch Nichts zu ersetzen sind.

Natürlich ist Bildung zunächst ein Auftrag der öffentlichen und privaten Schulträger. Gleichwohl setzen auch hier Stiftungen Akzente, sowohl in der Debatte als auch mit konzeptionellen Impulsen.

Wichtige Impulse für die Integration des Digitalen im Bildungsbereich setzte jüngst das Forum Bildung und Digitalisierung. Initiiert hat das Forum der Zusammenschluss mehrerer deutscher Stiftungen: Dabei sind die Dieter Schwarz Stiftung, die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, die Deutsche Telekom Stiftung, die Bertelsmann Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und der Siemens Stiftung sowie der Stiftung Mercator.

Ziel des Forums Bildung und Digitalisierung ist es, gemeinsam mit Experten der Bildungspraxis, der Bildungsverwaltung, -politik und -forschung Konzepte zu entwickeln, um unser Bildungssystem zu stärken und Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu fördern.

Meine Damen und Herren,

wie notwendig der Einsatz der Zivilgesellschaft und vor allem von Stiftungen angesichts der Digitalen Transformation aller Lebensbereiche ist, zeigt auch der jüngste Facebook-Skandal. Er führte uns erneut vor Augen, welche Risiken im Sammeln und Auswerten von Daten durch Algorithmen liegen. Hier wird deutlich, dass wir unsere materiell rechtlichen Grundlagen genauestens daraufhin durchsehen müssen, wie sie den Einzelnen vor digitalen Übergriffen schützen.

Die ZEIT-Stiftung hat deshalb gemeinsam mit Partnern die „Digital Charta“ entwickelt. Dieses Projekt ist der bislang weitreichendste Versuch einer Stiftung, sich konstruktiv in die Debatte um die rechtliche Gestaltung der digitalen Gesellschaft einzubringen. 27 Bürgerinnen und Bürger sowie rund 50 Institutionen erarbeiteten gemeinsam eine Europäische Charta der digitalen Grundrechte. Zu den Initiatoren der Charta gehören der Soziologe Heinz Bude, die Schriftstellerin Juli Zeh, der ehemalige Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem, die Unternehmerin Yvonne Hofstetter, der BR-Intendant Ulrich Wilhelm, der Anwalt Gerhart R. Baum, der Gründer der Konferenz re:publica, Johnny Haeusler und die Journalistin Rebecca Casati.

Unsere leitende Frage lautete: Wie lässt sich die Souveränität und Freiheit des Einzelnen in der digitalen Welt schützen – gegen die Totalüberwachung durch den Staat, aber ebenso gegen den Zugriff mächtiger Konzerne? Die 23 Artikel der Charta widmen sich Prinzipien für den Umgang mit Big Data, künstlicher Intelligenz, Robotik und sozialer Verhaltenssteuerung.

Am 25. April übergaben die Initiatoren den Charta-Entwurf Bundesministerin Katarina Barley, die die Initiative lobte. Ich zitiere:

„Es gibt keinen rechtsfreien Raum – weder im Analogen noch im Digitalen – und es ist richtig, dass die digitale Welt ganz neue Anforderungen an uns stellt. Ob das am Ende dazu führt, dass man neben die Grundrechte, die man schon hat, jetzt noch einmal ganz separate digitale Grundrechte stellen sollte oder muss, darüber kann man dann diskutieren.“

Unser Ziel ist es, eine fokussierte Debatte über digitale Grundrechte anzuregen, an der sich die Bürgerinnen und Bürger Europas beteiligen und die die Politik zu gesetzgeberischen Verfahren aufruft.

Meine Damen und Herren,

dies war ein kleiner Ausschnitt aus dem vielfältigen und ermutigenden Engagement der Zivilgesellschaft zur Verteidigung einer weltoffenen und liberalen Demokratie.

Lassen Sie mich nun im letzten Teil meines Impulsvortrags noch mal den Blick weiten auf die Herausforderungen in Europa und der Welt.

„Der Amerikanismus, nicht die Globalisierung, wird unser Credo sein.“ Mit dieser Kernbotschaft verlieh Donald Trump im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf denjenigen eine „Stimme“, die in Zeiten des globalen Kapitalismus zurückgelassen wurden. So unterschied sich Donald Trumps Kampagne von Hillary Clintons. Die Wähler, die man als „beklagenswert“ verspottet hatte, wurden von den Eliten nicht länger ignoriert. Die Trump-Kampagne griff dieses Gefühl geschickt auf.

Zusammen mit dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich und dem Aufstieg von Rechtsparteien in einer Reihe von europäischen Ländern beobachten wir in den westlichen Ländern zunehmend eine neue Spaltung zwischen so genannten „Globalisierungsbefürwortern“ und den Neo „Nationalisten“.

Besonders deutlich tritt diese Spaltung zurzeit in der Diskussion über die europäische Asylpolitik zu Tage. Ungarn, Tschechien, Polen und die Slowakei verbünden sich mit Österreich, der CSU und der italienischen Regierung gegen eine europäische

Regelung. Angeblich vertritt die „Achse der Willigen“ die Interessen der Bürger und möchte die Zugbrücke der Festung Europa hochziehen.

Diese, aber auch andere europäische Herausforderungen zeigen, dass Europa für viele große Probleme zu klein und für viele kleine Dinge zu groß ist.

Die Fluchtursachen zu bekämpfen und damit den weltweit aktuell 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht eine Perspektive in ihren Herkunftsländern zu geben, überfordert die EU. Will sie eine werteorientierte Politik in der Asylbewältigung formulieren, braucht sie nach Innen eine neue Einigkeit, um mit ihren Verbündeten in der verbleibenden westlichen Welt nach Lösungen suchen zu können. Scheitert die EU an dieser Frage, scheitert eventuell auch die Koalition unter Angela Merkel, verlieren Deutschland und Europa ihre Gestaltungskraft.

Andererseits hat die EU viel Vertrauen in den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten verspielt, wenn sie sich in einem unvorstellbaren Klein-Klein zu tief in die Angelegenheiten einmischte. Ob in der Wirtschafts-, Agrar- oder Kulturpolitik muss sich die EU auf das alte Subsidiaritätsprinzip rückbesinnen.

Wichtiger ist nun, dass die EU in einer immer unsicherer werdenden Welt ihre Einigkeit stärkt und ihre Zusammenarbeit ausbaut. Denn ohne eine Verteidigungsgemeinschaft kann sie die neuen Bedrohungslagen in der Welt nicht bestehen, wenn Amerika seine Schutzfunktion für Europa aufgibt. Ohne eine Wirtschaftsgemeinschaft, die auf Solidarität aufbaut, bleibt der Euro so verletzlich, wie 2008. Ohne Disziplin in den Haushalten in der EU28 kann der Währungsraum ebenso scheitern. Aber auch ohne eine Sozialpolitik, die auf den Zugang zu ausreichenden Ressourcen sowie zu Bildung in allen 28 Staaten sorgt, wird auch die Binnenmigration zwischen Ost und West nicht nachlassen.

Meine Damen und Herren,

das Eis ist dünn, auf dem wir uns weltpolitisch gerade bewegen. Wohin geht die Entwicklung? Was erleben wir als nächstes? Wie gehen wir mit den Tendenzen um,

die im Wesentlichen durch technologische Innovation und Globalisierung getrieben werden? Und was erwarten wir für die Zukunft?

Wie Yascha Mounk in seinem eingangs bereits zitierten Buch „Der Zerfall der Demokratie“ betont, leben wir in einer Zeit radikaler Unsicherheit. Die Bandbreite der möglichen Entwicklungen ist viel größer als noch vor wenigen Jahren. Er betont auch, dass eine Vorhersage so populär bleibt, wie sie uns zu der Annahme verleiten könnte, die Dinge könnten für immer so bleiben wie sie immer waren. Aufgrund der Radikalität der heute beobachteten Veränderungen reicht die übliche Methodik des Lernens aus der Vergangenheit nicht aus, um negative Entwicklungen zu verhindern und positive Veränderungen zu bewirken.

Wenn der Wandel davon geprägt ist, wie die Menschen die Welt und die Verbindung und Interaktion der Menschen sehen, dann spielen Strukturen eine wichtige Rolle: Institutionen prägen diese Interaktionen, förmlich und informell und machen sie berechenbar.

Der Nachhaltigkeitsökonom David Abson beschreibt Strukturen als Leitfaden menschlichen Handelns zu kollektiven Zielen, die sie für die Transformation der Nachhaltigkeit entscheidend machen.

Das Umdenken, Wiederverbinden und Reorganisieren von Systemen mit dem Ziel, mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, kann harte Maßnahmen erfordern, die von Institutionen und Organisationen unterstützt werden. In anderen Fällen führt neues Denken zu einer Reform oder gar zum Niedergang von Institutionen; oder zur Etablierung neuer, meint Abson, der seit 2017 eine Professur an der Leuphana Universität Lüneburg bekleidet.

Störungen können als Auslöser für Veränderungen fungieren: Sie können Veränderungen von Normen und Praktiken in der Gesellschaft auslösen, sie können neue Verbindungen von Menschen mit gemeinsamen Interessen oder Bedürfnissen anstoßen und sie können institutionelle Anpassungen, Reformen oder gar Destabilisierung und Abbau bewirken.

Störungen spielen daher häufig eine wichtige Rolle im Prozess des kulturellen Wandels. Wird dieser durch Störungen ausgelöst, geschieht er in der Regel schnell. Das ist mit Chancen und Risiken verbunden. In der positivsten Form fördern Störungen die angeborene menschliche Fähigkeit zur Entdeckung, Neugier und Erfindung. Dadurch können sie veraltete oder ungesunde Systeme beseitigen. In der dramatischsten Form, wie durch einen Krieg, einer Naturkatastrophe oder einer Epidemie, ist der kulturelle Wandel das Ergebnis einer großen Unsicherheit.

Es ist wichtig, das Potenzial und die Chance zu erkennen, die Störungen für den kulturellen Wandel bieten. Naomi Klein beschreibt in ihrem Buch „Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ die Risiken einer unternehmensorientierten, nicht nachhaltigen Ausbeutung von Krisen. Und sie beschreibt die Folgen einer Politik, die eine faire und nachhaltige Entwicklung untergräbt. Auch wenn Naomi Klein von der konservativen Presse hierzulande mit ihren Thesen als „Lara Croft der Antiglobalisierungsgegner“ titulierte wurde, mussten selbst ihre Kritiker zugestehen, dass sie in ihren Analysen zu Fehlentwicklungen des Kapitalismus ihren Finger in die richtigen Wunden legt.

Meine Damen und Herren,

die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Realitäten erfordern es, alte Muster und Gewohnheiten loszulassen und neues Denken zu aktivieren.

Verhaltensänderungen mit nachhaltigen Ergebnissen, wie sie für einen gesunden Lebensstil, faire Gesellschaften und Nachhaltigkeit erforderlich sind, hängen von Werten, Einstellungen und sozialen Normen ab.

Die Unterstützung jener Werte wie Universalismus und Wohlwollen ist unerlässlich, um den Herausforderungen der heutigen Gesellschaft zu begegnen. Nicht nur, um neue Lösungen zu finden, sondern um den Wandel zu gestalten und zu leben.

In den westlichen Ländern ist der kulturelle Wandel heute von großen Themen geprägt. Das Ende des Wirtschaftswachstums für alle zerstört das große Versprechen des Kapitalismus, dass eine steigende Flut alle Boote hebt und zu einem besseren Leben für alle führt, trotz Ungleichheiten.

Getrieben durch technologische Innovationen und Globalisierung sind die wirtschaftlichen Unsicherheiten, vor allem bei den Menschen der unteren Mittelschicht zu spüren. Dies schlägt sich zunehmend in einem Mangel an Vertrauen in die politische und finanzielle Elite nieder.

Erst vor knapp einer Woche bestätigte dies auf erschreckende Weise der Democracy Perception Index 2018, den die Alliance of Democracies Foundation und Rasmussen Global herausgaben. Bei dieser weltweiten Umfrage, die vom früheren Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen initiiert wurde, kam heraus, dass Bürger aus demokratischen Staaten ihre Regierungen noch kritischer beurteilen als Bürger autoritärer Staaten. 51 Prozent der Menschen weltweit haben das Gefühl, keine Stimme in der Politik zu haben. 58 Prozent gaben an, dass ihre Regierungen nicht in ihrem Interesse handeln. Vor allem haben sie wenig Vertrauen, dass ihre Regierung „vom Volk“ gebildet wird und „für das Volk“ arbeitet. Am überraschendsten ist vielleicht, dass diese öffentliche Desillusionierung in Demokratien höher ist als in Nicht-Demokratien. Fast zwei Drittel, 64 Prozent der Bürger, die in Demokratien leben, glauben, dass ihre Regierung „selten“ oder „nie“ im Interesse der Öffentlichkeit handelten. In autoritären Staaten glauben das nur 41 Prozent der Bürger.

Die *FAZ* kommentierte diesen Befund (ich zitiere): “Was hat das Vertrauen in die demokratische Ordnung und deren Leitungspersonal schwinden lassen? Antworten auf die 5.000-Euro-Fragen könnten sein: Seit mehr als zehn Jahren jagt eine Krise die andere; „Eliten haben oft ein skandalöses Verhalten an den Tag gelegt. Profiteure sind die Demagogen“. Zitatende.

Meine Damen und Herren,

die Gesellschaft wird immer mehr atomisiert. Der Einzelne spürt den Druck, sich selbst zu optimieren und sein Eigeninteresse zu verfolgen. Dies ist eine Denk- und Handlungsweise, die mit extrinsischen Werten verbunden ist, die das Wohlbefinden langfristig untergraben.

Der Aufstieg des Internets und insbesondere der sozialen Medien hat die Massenkommunikation und die Machtbalance, wer die politischen Entscheidungen beeinflusst, verändert. Soziale Medien spielen heute eine wichtige Rolle bei der Fragmentierung der Gesellschaft, indem sie verschiedene Erzählungen schaffen und den gemeinsamen Raum aushöhlen. Sie führen heute zu einem Ende des breiten Diskurses, weil sich in Filterblasen nur Gleichgesinnte gegenseitig bestärken. Der Meinungsstreit mit anschließendem Kompromiss findet nicht mehr statt und wird durch Social Media eher verhindert als ermöglicht. Und das untergräbt die demokratische Willensbildung. Die Stimmen werden deshalb lauter, die eine Gefahr für die liberale Demokratie sehen.

Meine Damen und Herren,

angesichts dieser vielfältigen Krisen befinden wir uns an einem Scheideweg: Wir haben die Wahl zwischen der Eskalation und der Transformation. Die Frage, auf die wir Antworten finden müssen, ist, wie wir einen Mentalitätswandel zur Transformation erreichen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es falsch ist, in alten Denkmustern zu verharren, sich auf Werte zu stützen, die Eigeninteresse, Status oder Macht fördern. Dies wird nicht zu Strategien führen, um die großen Herausforderungen in einer Weise anzugehen, die die Ursachen der verschiedenen Probleme in unserem „Zeitalter der Unterbrechung“ berührt.

Was auf den ersten Blick zu weich aussieht, um einen systemischen Wandel zu erreichen, ist in der Tat der einzig wirksame Weg: Die Öffnung all dieser festverdrahteten Muster. Denn es sind Muster, die dem natürlichen Widerstand gegen Veränderungen zugrunde liegen, die Betonung von Werten, die auf ein Gefühl von Gemeinschaft und Selbstentfaltung ausgerichtet sind, die auf Identitäten aufbauen und jede Gelegenheit nutzen, nach dem Ausschau zu halten, was Gesellschaften verbindet, anstatt sie zu spalten.

Der Weg zum systemischen Wandel, der Weg zur Transformation, bedeutet daher:

1. Neuorientierung des Denkens und der Werte
2. Verbindungen zu anderen und zur Natur herstellen und
3. Schaffung von Strukturen, die es Einzelpersonen und Gemeinschaften erleichtern, den Transformationsprozess zu durchlaufen.

Meine Damen und Herren

es gibt ein tief verwurzeltes Bedürfnis im Menschen, auf Identitäten zu verweisen, sich selbst als Teil einer Gruppe zu sehen und als soziale Wesen zu leben. Es muss darum gehen, neue Erzählungen zu schaffen, die inklusive funktionieren, Fairness unterstützen und der Spaltung unser Gesellschaften entgegenwirken.

In jedem Fall wird dieser neue Weg der Transformation besser funktionieren, als an Eigennutz und den dominanten Wachstumsimperativ zu appellieren. Wir müssen Modelle entwickeln, um uns effektiver miteinander zu verbinden und anders zu denken und zu leben. Das wird zu Veränderungen führen, die vielleicht auch den Raubbau an der Natur beenden, unsere Welt gerechter machen und unserem Leben wieder mehr Qualität verleihen.

Ich wünsche unserer Diskussion nun einen lebhaften Verlauf und danke für Ihre Aufmerksamkeit.